

Liestal, 7. September 2021/LKA

Stellungnahme

Vorstoss	Nr. 2021/407
Verfahrens- postulat	der Fraktionen Grüne/EVP und SP
Titel:	Politische Aufarbeitung der ZAK-Affäre und der weiteren Geldflüsse an die sozialpartnerschaftlichen Konstrukte
Antrag	Vorstoss ablehnen

Die Geschäftsleitung beantragt dem Landrat mit 5:3 Stimmen, das Verfahrenspostulat abzulehnen, vor allem aus folgenden Gründen:

- Eine Parlamentarische Untersuchungskommission wäre ein unverhältnismässiges Mittel für eine Angelegenheit, deren gerichtliche Überprüfung mit einem Freispruch geendet hat.
- Für eine PUK müssten nicht unwesentliche personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden.
- Es ist kein Erkenntnisgewinn zu erwarten, zumal die politische Aufarbeitung in Form neuer Gesetze bereits erfolgt ist.
- Bei entsprechenden Verdachtsmomenten könnte die Finanzkommission als Oberaufsichtsgremium Untersuchungen anhand nehmen.

Eine Minderheit ist für das Verfahrenspostulat, v.a. aus folgenden Gründen:

- Die politische Aufarbeitung des Geschehenen ist noch nicht abgeschlossen.
- Auch bei zukunftsgerichteter Optik sollte nicht versäumt werden, einen Blick zurück zu werfen und geschehene Fehler aufzuarbeiten.
- Allenfalls kann die Geschäftsprüfungskommission für die Klärung dieser Fragen mit den Kompetenzen einer PUK ausgestattet werden.